

# Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft

Ein Erfolg für den Klimaschutz und eine Verpflichtung für die Zukunft

Redner/in: Bundesumweltminister Jürgen Trittin

Anlass: 10. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) vom 6. bis 17. Dezember 2004 in Buenos Aires

Deutscher Bundestag, 02.12.2004

Anrede

Die Russische Föderation hat das Kyoto-Protokoll ratifiziert, es wird am 16. Februar 2005 in Kraft treten. Das ist ein Durchbruch für den internationalen Klimaschutz. Hier hat sich der multilaterale Ansatz einer globalen Umweltpolitik durchgesetzt. Erstmals gibt es eine völkerrechtlich verbindliche Obergrenze auf den Ausstoß von Treibhausgasen. Das Inkrafttreten ist auch ein unüberhörbares Signal, dass die internationale Staatengemeinschaft den Klimawandel ernst nimmt. "Der Klimawandel ist keine skeptische Prognose mehr - sondern bittere Realität." Beim Weltgipfel in Johannesburg hat der Bundeskanzler deshalb auch die Weltgemeinschaft zum entschiedenen Handeln aufgefordert.

Meine Damen und Herren,

Das Kyoto-Protokoll leitet eine klimapolitische Trendwende ein und gibt ein erstes Ziel vor auf dem Weg zu einer Industriegesellschaft, die entschieden weniger Treibhausgase emittiert und fossile Brennstoffe effizienter einsetzt als bisher. Aktive Klimaschutzpolitik erfordert nicht den Abschied von der Industriegesellschaft - aber sie erfordert eine andere Industriepolitik. Tony Blair spricht von einer "neuen, grünen industriellen Revolution". Klimaschutz befördert neue Entwicklungsmodelle in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Boom der erneuerbaren Energien in Deutschland wirkt beispielgebend gerade für Schwellenländer. Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz schonen das Klima und die natürlichen Ressourcen. Und sie zahlen sich für private Haushalte, Dienstleistungssektor und produzierendes Gewerbe rasch in Euro aus. Notwendig sind aber die richtigen Anreize. Mit Kyoto bekommt die Nutzung der Atmosphäre erstmals einen Preis.

Kyoto setzt einen völkerrechtlich verbindlichen Rahmen, den wir in der EU und auf nationaler Ebene umsetzen. Eine aktive Klimaschutzpolitik bedeutet aber auch alle Sektoren und alle Akteure auf den verschiedenen Ebenen mit einzubeziehen. Nur damit schaffen wir die nötige gesellschaftliche Akzeptanz und nachhaltige Lösungsansätze. In diesem Sinne wird das Nationale Klimaschutzprogramm derzeit fortgeschrieben.

Wenn man die Entwicklung des Ölpreises und die Rahmenbedingungen an den Weltenergiemärkten analysiert, kann das nur heißen: wir haben erhebliche ökonomische Chancen mit einer konsequenten Klimaschutzpolitik! Wir müssen weg vom Öl. Anhaltend hohe Ölpreise bedrohen den Aufschwung in den entwickelten Volkswirtschaften. Die Mehrkosten für Öl machen in den Ländern des Südens die Bekämpfung von Hunger und Armut noch schwerer. Gleichzeitig wird durch Entwicklungen im Mittleren Osten auf dramatische Weise deutlich, welche sicherheitspolitischen Risiken Abhängigkeiten von einem Energieträger bergen - eine nachhaltige Gestaltung der Energiepolitik weltweit ist für uns aus Sicherheitsgründen notwendig. Eine intelligente Verknüpfung von Energiepolitik und Klimaschutzpolitik ist entscheidend. Unser Engagement bei Erneuerbaren Energien demonstriert: Klimaschutzpolitik ist machbar und vorteilhaft. Deutschland wurde durch die konsequente Förderung erneuerbarer Energien Technologieführer und belegt beim Ausbau der Windkraft weltweit den ersten Platz, bei der Fotovoltaik hinter Japan den zweiten. "Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energieträgern!" - wie Bundeskanzler Schröder zu Recht festgestellt hat.

Meine Damen und Herren,

Über das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls dürfen wir uns alle freuen. Deutschland gehört zu den Hauptarchitekten

der internationalen Klimapolitik - Grundlage hierfür ist eine breite Übereinstimmung über die Parteigrenzen hinweg. Die Enquete-Kommission des Bundestages zum Schutz der Erdatmosphäre hatte sich schon 1990 für eine konsequente Klimaschutzpolitik ausgesprochen und unter anderem eine Minderung der Treibhausgasemissionen der Industriestaaten um 80 % bis zum Jahr 2050 empfohlen. Die Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll wurden durch die Annahme des Berliner Mandats bei der ersten Klimakonferenz in Berlin 1995 initiiert und im Dezember 1997 in Kyoto abgeschlossen. In Bonn gelang dann im Juli 2001 der entscheidende Durchbruch für die Beschlüsse zur Anwendung des Protokolls. Die Bundesregierung hat sich danach wiederholt und auf allen Ebenen mit Nachdruck bei unseren Gesprächspartnern in Russland für die Ratifikation des Kyoto-Protokolls eingesetzt. Wir können das Kyoto-Protokoll daher als einen gemeinsamen Erfolg der deutschen Klimapolitik würdigen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen allen daher an dieser Stelle meinen Dank aussprechen, Frau Merkel als meiner Vorgängerin, vor allem aber Herrn Bundeskanzler Schröder für die Unterstützung beim Kyoto-Protokoll.

Meine Damen und Herren,

Die Klimakonferenz in Buenos Aires im Dezember findet im Jahr 10 nach dem Inkrafttreten der Klimarahmenkonvention statt. Wir können hier auf das Erreichte zurück blicken und andererseits Weichen stellen, um die internationale Klimaschutzpolitik in den kommenden Jahren fortzuentwickeln. Deutschland wird hier, zusammen mit seinen Partnern in der EU, seine Führungsrolle weiterhin wahrnehmen. Wir können bei der Umsetzung einer anspruchsvollen Klimaschutzpolitik beachtliche Erfolge vorweisen:

Der Emissionshandel wird am 1. Januar 2005 beginnen. Was viele am Anfang des Jahres nicht geglaubt haben, wird jetzt Wirklichkeit. Mit der europäischen Umsetzung des Kyoto-Protokolls prägen wir den internationalen Prozess, Europa befindet sich damit in einer ausgezeichneten Startposition. Damit haben wir weltweit bewiesen, dass Europa vorne ist. Der von der EU-Kommission im Juli genehmigte deutsche Nationale Allokationsplan sieht schon in der ersten Handelsperiode eine Reduzierung des Klimagases CO<sub>2</sub> vor. Er wird helfen, das Klima dort zu schützen, wo es ökonomisch am sinnvollsten ist. Der Kohlenstoff erhält einen Preis, so dass der Markt seine Funktion als Suchmechanismus für die günstigsten Vermeidungsoptionen und die beste Technik erfüllen kann. Deutschland hat mit seiner aktiven Klimapolitik den Ausstoß seiner Treibhausgase wesentlich verringern können. Mit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 237 Millionen t liegen wir derzeit etwa 2 Prozentpunkte von der Kyoto-Zielmarke von -21 % entfernt. Zusammen mit Großbritannien hat Deutschland wesentlich dazu beigetragen, dass die EU vorzeigbare Fortschritte auf der internationalen Bühne aufweisen kann: die Treibhausgasemissionen wurden bis 2002 um knapp drei Prozentpunkte gesenkt. Ohne diese Anstrengungen hätte die EU-15 ein Plus von knapp 10 %.

Deutschland spielt weltweit und innerhalb der EU beim Klima weiterhin ganz vorne mit - Öko-Steuer und das Erneuerbare-Energien-Gesetz dienen vielen Ländern als Vorbilder. Durch den verstärkten Einsatz der Erneuerbaren Energien können immer mehr Kohlendioxidemissionen in Deutschland vermieden werden. In der ersten Hälfte des Jahres 2004 wurden erstmals 10 Prozent des Stroms regenerativ erzeugt. Zusammen mit den Einsparungen im Bereich erneuerbarer Wärme sparen wir inzwischen - je nach verdrängtem fossilen Brennstoff - zwischen 42 und 58 Mio. Tonnen Kohlendioxid ein. Damit schonen wir endliche Ressourcen.

Mit der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien im Juni 2004 in Bonn und dem dort beschlossenen Aktionsprogramm haben wir den globalen Ausbau der Energieerzeugung aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser voran gebracht. Mit der Umsetzung dieses Aktionsprogramms werden zugleich bedeutende Klimagas-minderungen erreicht.

Bei der effizienteren und sparsameren Nutzung von Energie gibt es aber weiterhin große Potenziale. Genau hier setzt das Nationale Klimaschutzprogramm an. Ich werde ein abgestimmtes Maßnahmenbündel vorlegen, welches sicher stellt, dass wir unsere Zielsetzung im Rahmen der 1. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls erreichen. Die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind, die privaten Haushalte, der Verkehr und das Kleingewerbe, müssen eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 9 Mio. t für die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bezogen auf 2000-2002 erbringen und stehen daher im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es wird hier darauf ankommen, weitere Minderungspotenziale zu erschließen. Ermutigend ist der seit 2000 andauernde kontinuierliche Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Pkw-Verkehr. Daran müssen wir anknüpfen. Die LKW-Maut wird hier einen weiteren Schub bringen. Im Gebäudebereich werden wir die bewährten Instrumente wie Energieeinsparverordnung und gezielte Förderung der energetischen Altbausanierung fortentwickeln. Gerade hier lassen sich die erheblichen Minderungspotenziale auch in Anbetracht der Preissteigerungen von Öl und Gas kostengünstig erschließen. Mit der verbindlichen Einführung des Energieausweises ab 2006 auch für Altbauten wird die energetische Qualität eines Gebäudes wichtiges Entscheidungskriterium bei Verkauf oder Vermietung von Wohnungen bzw. Gebäuden. Er schafft einen zusätzlichen Anreiz für Wärmeschutzmaßnahmen. Auf Grund der langen Lebensdauer von Gebäuden sind Investitionen in die Verbesserung der Wärmedämmung und Heizungseffizienz besonders nachhaltig. Wir haben also noch viel Potenzial in der Klimapolitik. Um es mit den Worten des Bundeskanzlers auszudrücken: "Wer in der Klimadebatte glaubwürdig bleiben will, der muss der Welt zeigen, dass er tatsächlich große Anstrengungen unternimmt. Er muss zu Hause das umsetzen, was er auf der internationalen Bühne versprochen hat."

Meine Damen und Herren,

Die Anzeichen der menschengemachten Klimaänderung werden immer stärker, die Meldungen und Warnungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern häufen sich: Zunehmende Stürme, Dürren, Überschwemmungen. Die Gletscher in den Alpen und das Polareis schmelzen ab. Auf der Klimakonferenz in Buenos Aires stehen daher neben dem Thema Emissionsminderung vor allem die Folgen der Klimaänderung und die Anpassung an den Klimawandel auf der Tagesordnung. Anpassungsmaßnahmen sind nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in Industriestaaten dringlich und unausweichlich.

Die Entwicklungsländer sind von den Folgen des globalen Klimawandels am stärksten betroffen. Zugleich fehlen ihnen die Mittel, um diese zu handhaben. Drei nach der Klimakonferenz in Bonn 2001 neu eingerichtete Fonds werden Mittel für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Die EU-Mitgliedstaaten werden, gemeinsam mit anderen Industrieländern, ab dem Jahr 2005 jährlich insgesamt 410 Millionen US-Dollar für den Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung stellen.

Die Bundesregierung wird sich bei der Konferenz in Buenos Aires konstruktiv an der Diskussion über die Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmaßnahmen beteiligen. Die Beratungen müssen aber zusammen mit der Diskussion über die Weiterentwicklung des internationalen Klimaschutzregimes nach 2012 voranschreiten. Denn ohne zukünftige Emissionsminderungen und eine Stabilisierung des Klimasystems wird Anpassung in vielen Fällen unbezahlbar oder gar unmöglich. Wir müssen, wenn wir über Klimaschutzpolitik reden, auch über die Konsequenzen des Untätigbleibens reden. Die Kosten der Flutkatastrophen in Europa in 2002 werden auf 16 Mrd. US\$ veranschlagt. Die Hitzewelle 2003 hat zum frühzeitigen Tod vieler, besonders älterer Menschen geführt und zu volkswirtschaftlichen Kosten in Europa in Höhe von 13,5 Mrd. US\$. In Grenadas Hauptstadt Georgetown wurden 90 % der Häuser durch einen der vier Wirbelstürme der diesjährigen Hurrikan-Saison zerstört. Allein in Florida summieren sich die unmittelbaren Schäden der Hurrikans diesen Herbsts auf mehr als 25 Mrd. Dollar. Solche Ereignisse werden sich häufen. Klimaschutz ist machbar - ein Untätigbleiben können wir uns jedoch nicht leisten!

Meine Damen und Herren,

Die nächsten Jahre sind entscheidend dafür, ob nicht mehr hinnehmbare Folgen des Klimawandels verhindert werden können. Unsere Leitlinie beim Klimaschutz ist klar: Eine globale Erwärmung um mehr als 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten muss verhindert werden! Kyoto ist auf diesem Pfad nur ein erster Schritt - weitere, ehrgeizigere müssen bald folgen.

Wie soll es also weiter gehen in der internationalen Klimapolitik nach 2012, wenn die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls vorbei ist? Der Europäische Rat wird sich auf dem kommenden Frühjahrsgipfel mit Strategien und Zielvorgaben zur mittel- und langfristigen Emissionsminderung beschäftigen, die auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen. Wissenschaftliche Abschätzungen zeigen, dass die Treibhausgasemissionen weltweit bis 2050 um etwa die Hälfte zurückgehen müssen. Da die Emissionen in Entwicklungsländern zunächst noch ansteigen werden, hieße das für Industriestaaten eine Minderung um etwa 80%.

Die Industrieländer müssen sich auf ehrgeizigere Reduktionsziele verständigen. Dabei ist eine ausgewogene Verteilung der Klimaschutzanstrengungen auf die beteiligten Staaten erforderlich. In diesem Zusammenhang setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass sich die EU ein mittelfristiges Reduktionsziel von -30% bis 2020 setzt. Unter dieser Voraussetzung wird Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber dem Niveau von 1990 reduzieren. Wir müssen aber auch die USA wieder in den internationalen Klimaschutzprozess einbinden - der größte Verursacher von Treibhausgasemissionen muss seiner Verantwortung gerecht werden.

Auch Schwellen- und Entwicklungsländer mit hohen und rasch wachsenden Emissionen müssen erste wirksame Klimaschutzverpflichtungen übernehmen. Denn wir können es uns global nicht leisten, dass diese Länder die gleichen Fehler begehen wie wir. Wir brauchen daher eine globale Energiewende. Ziel ist daher eine weltweit nachhaltige Energieversorgung durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Erhöhung der Energieeffizienz auch beim Einsatz fossiler Energien und Energieeinsparung. Um den absehbaren zusätzlichen Energiebedarf in Schwellen- und Entwicklungsländern zu decken, wird die Nutzung erneuerbarer Energien eine Schlüsselrolle einnehmen. China etwa will 2010 10 % seines Stroms regenerativ erzeugen. Hier entsteht ein sprunghaft wachsender Weltmarkt mit wachsenden Beschäftigungschancen.

Wir brauchen Politiken und Maßnahmen für den bislang nicht erfassten grenzüberschreitenden Flug- und Schiffsverkehr. Internationale Wettbewerbsgesichtspunkte sind dabei zu berücksichtigen. Die Treibhausgasemissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs nehmen weiter zu und gefährden die Erfolge der Klimaschutzpolitik. Klaus Töpfer hat Recht: "Es ist ökologisch ein Unding, dass der Treibstoff so weit herunter subventioniert wird, dass Flüge für zehn, zwanzig oder dreißig Euro zu haben sind!"

Meine Damen und Herren,

Wir stehen heute an einem entscheidenden Wendepunkt. Ich möchte an die Aussage des Kanzlers erinnern: "Wer beim Klimaschutz bremst oder auch nur auf der Stelle tritt, wird in nur wenigen Jahren den Anschluss an die wichtigsten Märkte des nächsten Jahrhunderts verpassen." Bei aller Freude über das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls: es bleibt kaum Zeit zum Feiern. Die Fortentwicklung der internationalen Klimaschutzpolitik ist dringend geboten!

Aktive Klimaschutzpolitik ist dabei eine riesige Chance:

eine Chance, Katastrophen abzuschwächen oder zu vermeiden,

eine Chance für größere Unabhängigkeit vom Öl und damit auch für mehr Versorgungssicherheit im Energiebereich,

eine Chance für nachhaltiges, globales Wachstum und Beschäftigung,

und nicht zuletzt die Chance, dass wir unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden können.

Weitere Informationen:

- [www.bmu.de/klimaschutz](http://www.bmu.de/klimaschutz)

- [www.kyoto-protokoll.de](http://www.kyoto-protokoll.de)